

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

41 (20.8.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittig, Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.85, durch die Post 1.65 zuzüglich 38 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 20. August 1949

Nr. 41

„Eine neue Zeit hebt an“

François-Poncet sprach in Mainz

v.W. Mainz. François-Poncet, der zukünftige französische Hohe Kommissar für Deutschland, traf am Freitag zur Übernahme seiner Amtstätigkeit in Mainz ein. Er wurde am Bahnhof vom Oberkommandierenden der französischen Besatzungstruppen, General Gulleaume, begrüßt.

Nach seiner Ankunft empfing François-Poncet die Ministerpräsidenten der französischen Zone. Im Verlauf seiner bei diesem Anlaß gehaltenen Ansprache führte der Hohe Kommissar u. a. aus:

„In meinen Ansichten über das deutsche Problem hat sich nichts geändert. Mein persönlicher Wunsch ist es, daß die Bande, die sich zwischen uns anknüpfen, sich immer enger um uns schlingen mögen. Meine besten Kräfte werden diesem Ziele zugewandt sein, und dabei weiß ich mich in vollem Einverständnis mit meiner Regierung.“

Wir sind in einen neuen Abschnitt der Geschichte Deutschlands nach dem Zusammenbruch eingetreten. Die drei westlichen Alliierten haben beschlossen, Deutschland in den Marshallplan einzubeziehen. Dieser Entschluß, der Deutschland bei der Verteilung der amerikanischen Hilfeleistung auf dieselbe Stufe stellt mit den übrigen am Marshall-Plan beteiligten Staaten, bedeutet einen großen Wendepunkt, dessen Wichtigkeit man sich bewußt vor Augen halten sollte, als dies gelegentlich geschieht. Denn diese Einbeziehung Deutschlands beweist, daß die drei westlichen Alliierten von der Absicht besetzt sind, Deutschland einen Weg zu öffnen, auf dem es, wenn es weise ist, dazu gelangen kann, als ebenbürtiges Mitglied in die Gesamtheit der Westmächte aufgenommen zu werden. Es entgeht mir freilich nicht, daß es sich dabei bloß um ein halbes Deutschland handelt. Daß dem so ist, kann nicht als unsere Schuld betrachtet werden.

Niemand hat das Recht zu behaupten, daß die drei alliierten Westmächte gegen die Einheit Deutschlands eingestellt seien und diese bekämpfen wollten. Im Gegenteil, wir sind auf der letzten Pariser Konferenz, an der ich selbst als Delegierter Frankreichs teilgenommen habe, nachdrücklich dafür eingetreten, daß Deutschlands Einheit in vollem Umfang wieder hergestellt werden sollte.

Wir haben einen klaren Vorschlag unterbreitet, diese Einheit Deutschlands wieder zu bewerkstelligen unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß in West- und in Ostdeutschland die Grundrechte des Menschen in gleicher Weise beachtet werden, daß insbesondere der Mensch völlige moralische Freiheit genieße. Diese Forderung, welche die drei westlichen Alliierten als Vorbedingung für die Wiederherstellung von Deutschlands Einheit erhoben hatten, wurde zurückgewiesen, und das ist der Grund, warum die Trennungswand inmitten deutschen Gebietes weiter fortbestehen muß.

Kein unbefangener Beurteiler der Lage wird verkennen, welche Erleichterung Deutschland seit dessen Zusammenbruch von den westlichen Alliierten zugestanden wurden. Es bedeutet sicherlich einen Fortschritt, daß nunmehr für die Gesamtheit der Westzonen eine Verfassung zustande kommt. Deutschland hat nunmehr das Recht auf eine Bundesregierung und einen Bundeskanzler. Zum Ausgang der Wahl will ich nur bemerken, daß ein lebensfähiger Bundestag zustande gekommen zu sein scheint, von dem grundlegende Leistungen erwartet werden dürfen.

Für Sie hebt eine neue Zeit an. Die Ernennung von drei zivilen Hohen Kommissaren anstelle der Militärgouverneure muß als ein Schritt in der Richtung auf einen de-

mokratischen Normalzustand aufgetaut werden. Sie können jetzt über sich selbst Bestimmungen treffen, vorausgesetzt, daß sie den Vorschriften, die im Besatzungsstatut enthalten sind, getreulich nachkommen. In der Hauptsache werden die Hohen Kommissare darüber zu wachen haben, daß diese genau beachtet werden. Unsere Pflicht wird es sein, das politische Verhalten und die politische Tätigkeit der Landesregierungen und der Bundesregierung zu kontrollieren. Wir möchten nicht mit Machtwort und Befehlen gegen Sie vorgehen, sondern vielmehr Ihnen bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben behilflich sein und als Ihr Ratgeber und wohlwollender Beistand fungieren.

Dieser entschiedene Fortschritt in der politischen Situation hindert jedoch manche Leute nicht zu betonen, Deutschland sei noch immer gefesselt. Die Leute, die offen aus demagogischen Gründen mit solchen Schlagworten arbeiten, bemühen sich sogar, alle diejenigen als schlechte Deutsche anzuprangern, die in voller Ehrlichkeit und Loyalität mit den Alliierten im Interesse Deutschlands zusammenarbeiten bestrebt sind. Gegen diese aufrechten Männer Vorwürfe zu erheben, scheint mir eine Ungerechtheit. Ich würde sie vielmehr als die besten und einsichtigen deutschen Patrioten bezeichnen.

Wenn Deutschland sich seiner Pflicht bewußt ist, wenn es klug und weise ist, wird auch die jetzige Übergangszeit ein Ende nehmen und es wird bestimmt noch zu einem freieren Regime gelangen.

Zulassung Deutschlands?

Bidault und Schuman im Europarat

G.L. Straßburg. Die Europäische Beratende Versammlung nahm am Freitag die Debatte über die Menschenrechte wieder auf. 47 Gelegerte haben eine Resolution eingebracht, in der die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes für die Menschenrechte gefordert wird. Der britische Delegierte schlug vor, der Europäische Rat solle die Befugnis erhalten, jeden Mitgliedstaat auszuschließen, der das Abkommen über die Menschenrechte verletzt würde.

Die Frage der baldigen Zulassung Deutschlands in den Europarat verursachte bei den Delegierten der Beratenden Versammlung eine gewisse Mißstimmung. Man ist größtenteils der Ansicht, daß die deutsche Regierung sich erst bewähren müsse. Zwei französische Delegierte, der ehemalige französische Außenminister Bidault und der Vorsitzende der Katholischen Volkspartei, Schuman, gaben ihrer Ansicht über diese Frage Ausdruck. Bidault erklärte vor Pressevertretern, es sei unmöglich, sich die Zulassung Westdeutschlands ohne die Zulassung des Saargebietes als eines selbständigen Gebietes vorzustellen. Der Status des Saargebietes sollte weder besser, noch schlechter als der Westdeutschlands sein. Schuman führte aus: „Wir wollen, daß alle Demokraten in Westdeutschland vertreten sind. Wäre es echte Demokratie, wenn das deutsche Volk den frei ausgesprochenen Wunsch der Bevölkerung des Saargebietes, politisch unabhängig von Westdeutschland zu sein, nicht anerkennen würde?“

Bildung einer ostdeutschen Regierung dementiert

B. St. — Berlin. Nachrichten über die bevorstehende Bildung einer ostdeutschen Regie-

Deutschland wird weise sein, wenn es die Freiheiten, die ihm jetzt zurückgegeben wurden, nicht als willkürliches Mittel benutzt, um fortwährend Proteste zu erheben und eine Gegnerschaft gegen die Alliierten zu betreiben. Deutschland wird weise sein, wenn es den Hohen Kommissaren keinen Anlaß bietet, es mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf den Weg der Vernunft zurückzuführen; denn gegebenenfalls müßten diese es tun, und sie würden es mit größter Festigkeit tun. Ich hoffe aber bestimmt, daß Deutschland, durch die Erfahrungen der letzten 30 Jahre belehrt, es an gutem Willen nicht fehlen lassen wird.

Bei mir wie bei meinen Kollegen werden Sie — dessen können Sie versichert sein — stets aufmerksamem Verständnis finden. Die Aufgaben, die Ihnen gestellt sind, erscheinen auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und intellektuellem Gebiet so zahlreich und so schwer, daß sie der vollen Hingabe aller Ihrer Mitbürger im Einvernehmen mit den alliierten Regierungen bedürfen.

Hierin muß die deutsche Jugend ihre Sendung erblicken. Möge sie Daseinsfreude und Hoffnung wieder finden! Wir, im Mannesalter, müßten zwei grauenhafte Kriege über uns ergehen lassen.

Wir sind von dem heißen Wunsch besetzt, daß dieses Unglück Ihren und unseren Kindern und Kindeskindern erspart bleiben möge, daß diese unbehindert den höchsten Zielen, die den Menschen gesteckt sind, zustreben dürfen: friedlicher Gesinnung, friedlicher Gesittung, friedlichem Wirken!

rung wurden von sowjetischer Seite dementiert. Ein hoher Beamter der sowjetischen Militärverwaltung versicherte, daß bisher keine Besprechung über die Bildung einer Regierung für die Sowjet-Zone stattgefunden habe.

Wie aus politischen Kreisen der Ostzone verlautet, sollen die Besatzungstruppen bis Ende des nächsten Jahres aus der Sowjetzone zurückgezogen werden. Wie es heißt, vertraue die sowjetische Besatzungsmacht darauf, daß in der russischen Zone eine friedliche Entwicklung auf demokratischer Grundlage erfolge.

Ein sowjetischer Sprecher äußerte sich auch über die zu erwartenden Wahlen in der Ostzone. Es sei damit zu rechnen, daß die Landtagswahlen zu Beginn des Winters stattfinden.

Rüstungshilfe gekürzt

Beschluß des amerikanischen Repräsentantenhauses

Washington (NBC). Das amerikanische Repräsentantenhaus schränkte die von Präsident Truman geforderte Summe für militärische Hilfe an Westeuropa auf die Hälfte ein. Ferner beschloß das Repräsentantenhaus, die Gewährung von militärischer Hilfe auf die Zeit bis zum nächsten Juni zu beschränken. Danach, so hieß es in der Debatte, sollte weitere Hilfe davon abhängen, wieviel die Staaten Westeuropas bei der gemeinsamen Verteidigung zusammengearbeitet haben.

Verschiedene Abgeordnete appellierten vergebens an das Haus, das Programm des Präsidenten in vollem Umfang anzunehmen, da es nur den Betrag darstelle, der unbedingt notwendig sei, um einem etwaigen Gedanken der Russen, Europa zu überrennen, zuvorzukommen.

Die Einschränkungen wurden sämtlich in den Hilfsbeiträgen vorgenommen, die für Westeuropa vorgesehen sind. Eine Rückgängigmachung der Kürzungen hängt von der Entscheidung des Senates ab, der die Auseinandersetzung über die Genehmigung des vollständigen Hilfsprogramms weiterführen wird. T. Connally, der Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses, versicherte erneut, er sei entschlossen, gegen die Kürzung der Rüstungshilfe anzukämpfen.

Die militärische Unterstützung für außereuropäische Länder, die in der Gesamtvorlage über die Rüstungshilfe enthalten ist, wurde vom Repräsentantenhaus ohne Kürzung genehmigt.

Zusammenstöße in Finnland

Helsinki (R). Finnische Truppen wurden nach dem Hafen Kämi am Botnischen Meerbusen geschickt, wo es zu Zusammenstößen zwischen streikenden Dockarbeitern und der Polizei gekommen war. Die Polizei feuerte in die Luft, als kommunistische Demonstranten freiwillig angriffen, die versuchten, eine große Menge Holz zu transportieren. Bei den Zusammenstößen wurde eine Person getötet, 9 Personen wurden verletzt.

Den Streikaufrufen der kommunistisch organisierten Gewerkschaftsverbände haben bis jetzt annähernd 90 000 Arbeiter Folge geleistet. In Helsinki befürchtet man,

VOM TAGE

Große Manöver der US-Besatzungstruppen. Die amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland werden vom 6. bis 17. September zwischen Nürnberg und München die bisher größten Manöver abhalten. Zu diesem Zweck wird in Fürth ein Hauptquartier errichtet werden. An der Übung werden auch französische und britische Truppen teilnehmen.

Spruchkammerverfahren gegen „Schwester Pia“. Im Spruchkammerverfahren gegen Frau Eleonore Baur, die unter dem Namen „Schwester Pia“ bekannt ist, beantragte der Öffentliche Kläger die Einstufung der Betroffenen in die Gruppe der Hauptschuldigen und die Einweisung in ein Arbeitslager auf die Dauer von 10 Jahren. Vier Jahre Internierungshaft sollen angerechnet werden. Ferner beantragte der Kläger, das Vermögen bis auf DM 1000 einzuziehen. (R)

Hans Johst Hauptschuldiger. Hans Johst, der frühere Präsident der Reichspräsidentenversammlung wurde von der Berufungskammer München in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht. Als Sühmaßnahme wurde er zu 3½ Jahren Arbeitslager verurteilt, die jedoch durch die Internierungshaft als verbüßt gelten. 50 % seines Vermögens, das hauptsächlich aus Sachwerten besteht, werden eingezogen. Hans Johst darf 10 Jahre lang keinen freien Beruf ausüben. (R)

Heirat Carols von Rumänien. Exkönig Carol von Rumänien und Prinzessin Helene wurden in der Nähe von Lissabon getraut. Die standesamtliche Trauung des Paares hatte bereits vor 2 Jahren in Rio de Janeiro stattgefunden. Die Ärzte rechneten damals mit einem baldigen Ableben der Prinzessin. Prinzessin Helene ist die frühere Frau Lupescu, der zulebte Exkönig Carol zugunsten des jetzigen Exkönigs Michael auf den Thron verzichtete. (R)

10 Landtagsabgeordnete in den Bundestag gewählt.

—er. Stuttgart. In Württemberg-Baden sind am vergangenen Samstag 10 Landtagsabgeordnete in den Bundestag gewählt worden. Die Fraktionen werden darüber entscheiden, ob die Abgeordneten ihre Mandate weiter behalten werden oder ob sie sie niederlegen sollten. Wie verlautet, wollen die 3 in den Bundestag gewählten Abgeordneten der FDP auf ihre Mandate verzichten. Sie vertreten die Ansicht, daß die Ausübung eines Doppelman-dates unmöglich sei.

Pressefreiheit nun auch in Bayern

B. St. Berlin. Wie der Leiter der OMGUS-Informationsabteilung, Oberst Gordon E. Tetter bekannt gab, hat die amerikanische Militärregierung für Deutschland die Generallicenz Nr. 3 in Bayern mit Wirkung vom 22. August 1949 in Kraft gesetzt. Von diesem Zeitpunkt ab können nun auch in Bayern Druckerzeugnisse aller Art ohne besondere Genehmigung herausgegeben werden.

daß sich der Streik in den nächsten Tagen noch weiter ausdehnen wird.

McCloy hält Erhöhung der ERP-Hilfe für notwendig

B. St. Berlin. Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland John McCloy sagte in einem Interview über die Erhöhung der ERP-Zuwendungen für Westdeutschland, daß die dringend notwendige Hilfe für Berlin es erforderlich mache, daß Westdeutschland durch das Europa-Hilfsprogramm stärker unterstützt werde. Berlins Belange innerhalb des Marshallplans sollten genau so wie diejenigen der westdeutschen Länder berücksichtigt werden.

Deutsche Truppen

„ungewöhnlich anständig“

epd. München. „In der Nachkriegszeit ist allein in Europa eine Million christlicher Frauen geschändet worden“, stellt der amerikanische Publizist Professor A.J. App (Philadelphia) in einer soeben erschienenen Schrift „Die Entehrung der Frauen im eroberten Europa“ fest. Bezüglich des Verhaltens der deutschen Truppen während des Krieges heißt es in dem Buch, daß, wo immer die Amerikaner in der Lage waren, unabhängig nachzuforschen, sie feststellten, daß diese sich den Frauen der eroberten Länder gegenüber in außergewöhnlicher Weise anständig benommen haben. In dem Nachwort zu dieser Schrift erklärt Professor App wörtlich: „Das Gespräch von der Umerziehung Deutschlands betreffend ist es jetzt unwiderleglich bestätigt, daß das deutsche Heer in seinem Verhalten den Frauen gegenüber bei weitem die anständigste und ordentlichste Besatzungstruppe des zweiten Weltkrieges war. Es scheint, daß von ihnen nicht mehr Vergewaltigungen in den besetzten Gebieten begangen wurden, als sich unsere amerikanischen Truppen in unserem eigenen Land und in den alliierten Ländern zuschulden kommen ließen.“

In dem Buch sind die das Vielfache der oben genannten Ziffern betragenden Massenschändungen deutscher und anderer nationaler Frauen, die in den von der Roten Armee militärisch eroberten deutschen und europäischen Ostgebieten vorgekommen sind, unberücksichtigt geblieben.

Um die Regierungsbildung

Professor Erhard bei Dr. Adenauer

A.L. Bonn. Der CDU-Vorsitzende Dr. Adenauer hat am Freitag seine Verhandlungen über die Bildung einer Bundesregierung fortgesetzt. Er empfing in Bonn den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft Professor Erhard zu einer längeren Aussprache. Endgültige Beschlüsse über die Koalitionspolitik wird die CDU/CSU voraussichtlich auf einer Konferenz am Wochenende fassen. Diese Tagung wird in Röhdorf oder in Königswinter stattfinden.

Professor Erhard erklärte nach der Konferenz, er könne im Augenblick noch nicht sagen, ob man eine große oder eine kleine Regierungskoalition bilden könne, ob die SPD mit in der Regierung oder in der Opposition sein werde. Er betonte, die Koalition werde unter keinen Umständen auf Kosten der Wirtschaftspolitik vorgenommen werden. Die klare Linie der Wirtschaftspolitik der CDU dürfe keinesfalls angetastet werden.

Dr. Adenauer dementierte die Meldungen, nach denen er die SPD eingeladen haben sollte, gemeinsam mit der CDU eine Koalition zu bilden und Dr. Adenauer stellte fest, alle Kombinationen über diese Frage entbehrten jeder Grundlage.

Der erste Vorsitzende der Freien Demokraten, Prof. Heuß, meinte, eine Koalition zwischen CDU und SPD sei dann möglich, wenn Dr. Schumacher seine Sozialisierungspolitik einschränke. Wenn dieser aber darauf bestünde, einen Sozialdemokraten zum Wirtschaftsminister zu machen, dann seien die Aussichten für ein Zusammengehen der beiden größten Parteien gering. Prof. Heuß stellte weiter fest, daß eine Koalition zwischen CDU und FDP nichts im Wege stehe. Allerdings müßte das Kabinett dann wahrscheinlich durch die deutsche Partei oder das Zentrum erweitert werden. Zur Frage des Bundespräsidenten wollte Prof. Heuß nicht Stellung nehmen. Er beabsichtige nicht, für diesen Posten zu kandidieren, werde sich aber nicht der Verantwortung entziehen, wenn man ihn wählen sollte.

Der Berliner Bürgermeister Dr. Friedensburg sprach sich für eine breite Koalition in Westdeutschland aus. Eine rein bürgerliche Regierung halte er für denklich, da in Berlin eine sozialistische Mehrheit herrsche.

Hinter den Kulissen des Atom-Geheimnisses

Vor einigen Wochen fand in der „kleinen Residenz“ des amerikanischen Präsidenten, dem „Blair-House“ in Washington, eine Geheimkonferenz statt, der man in den beteiligten Kreisen eine weitpolitisch entscheidende Bedeutung beimißt. Der Kreis der Teilnehmer blieb auf wenige führende Köpfe der amerikanischen Staatsführung und des Generalstabes beschränkt, über die Besprechungen selbst wurde strengstes Stillschweigen bewahrt. Es wurde lediglich bekannt, daß die künftige „Atom-Politik“ der USA zur Debatte stand. Es handelt sich um die Frage, ob die USA das Geheimnis der Atombomben-Herstellung mit anderen Partnern des Atlantikpaktes, insbesondere mit Großbritannien und Kanada, teilen sollen oder nicht.

Wir erinnern uns, daß diese Frage jahrelang Gegenstand von erregten Sitzungen der UN-Atomkommission gewesen ist, bis die Kommission im letzten Jahr sang- und klanglos verschwand. Die Hoffnung auf eine internationale Verwaltung des Atom-Geheimnisses, unmittelbar nach dem Kriegsende selbst von amerikanischen Wissenschaftlern und Politikern gefordert, verminderte sich in dem Maße, wie die Sowjetunion ihre machtpolitischen Absichten enthüllte und sich der ideologische Konflikt zwischen West und Ost vertiefte.

Es müssen gewichtige Gründe vorliegen, um die Amerikaner zu bewegen, die Möglichkeiten einer Aufgabe ihres Atom-Monopols zu erwägen. Von internationalen Beobachtern wurde inzwischen festgestellt, — wenn auch noch nicht bestätigt —, daß die Forderungen von England ausgehen und mit der Tatsache des Atlantikpaktes motiviert werden. Die englische Regierung hat mit Unterstützung von Kanada in Washington um Überlassung von Atombomben für die Verteidigung von England gebeten und darüber hinaus klargemacht, daß England und Kanada selbst Atombomben fabrizieren wollen. Den Anlaß zu dieser Demarche sollen die Ergebnisse der letzten amerikanisch-englischen Luftmanöver gegeben haben.

Man stellte dabei fest, daß die Luftverteidigung Englands heute gegenüber den modernen Bombenflugzeugen völlig ungenügend ist und lediglich die amerikanischen Atombomben noch eine Möglichkeit bieten, sich eines russischen Angriffs zu erwehren.

Nach den Erfahrungen bei den Beratungen über die Waffenlieferungen der USA an Europa im Rahmen des Atlantikpaktes, kann man nicht annehmen, daß dieses Argument allein genügt, die Amerikaner zu einer Herausgabe von Atombomben oder deren Herstellungsgeheimnissen zu veranlassen. England und Kanada haben jedoch noch andere Mittel, ihren Wünschen Nachdruck zu verleihen. Die Hauptmenge des Urans für die Atombombenherstellung der USA kommt aus Belgisch-Kongo in Afrika. Die Uran-Gruben in Belgisch-Kongo gehören zum Großteil englischen Staatsangehörigen. Ihre Ausbeutung wurde im Kriege den Amerikanern überlassen, nachdem Churchill und Roosevelt entschieden hatten, daß die USA allein die Herstellung der Atombombe übernehmen sollten. England legte aber vertraglich seine Ansprüche auf einen Teil des Urans aus Belgisch-Kongo fest, wenn es auch in der Folgezeit auf eine strikte Einhaltung der Verträge verzichtete. Diese Verträge laufen in den nächsten Monaten ab. Wenn die USA weiter

auf das Uran aus Belgisch-Kongo Wert legen, müssen sie sich den englischen Wünschen in politischer Beziehung geneigt zeigen. Außer in Belgisch-Kongo wird auch in Kanada Uran in einer Menge gefunden, die einen Abbau lohnt. England und Kanada besitzen also ein Uran-Monopol und wären im schlimmsten Fall in der Lage, das bisherige Monopol der USA auf die Herstellung der Atombombe zu brechen.

Bei den Überlegungen der amerikanischen „Atom-Politik“ mag weiter eine Rolle spielen, daß England im Falle einer amerikanischen Weigerung eine Zusammenarbeit mit Frankreich in Atomfragen anstreben könnte. Frankreich besitzt bereits gut ausgebaute Atom-Laboratorien und könnte vielleicht mit dem englischen und kanadischen Uran in die Lage gebracht werden, den europäischen „Bedarf“ an Atombomben zu decken. Was die Amerikaner aber bisher von einer Beteiligung

Mazedonisches Sprengpulver

Die mazedonische Frage im Mittelpunkt der Spannungen auf dem Balkan

Die Washingtoner Meldung, wonach der amerikanische Spionagedienst Präsident Truman dahingehend informiert hat, daß wahrscheinlich schon innerhalb der nächsten acht Wochen mit einer Aktion Rußlands gegen das Regime Titos in Jugoslawien zu rechnen sei, beweist, daß die Spannungen auf dem Balkan ihrer akuten Krise entgegengehen. Man glaubt in Washington jedoch nicht, daß ein direkter Angriff auf Jugoslawien erfolgt, sondern daß vielmehr „eine interne Revolution gefördert und durch bewaffnete Soldaten der regulären Sowjetarmee unterstützt würde.“

Für ein derartiges Vorgehen würde die mazedonische Frage die bequemste Handhabe bieten. Sie ist so alt, wie die Balkanprobleme insgesamt. Im Grunde ist sie das letzte, aus dem 19. Jahrhundert übrig gebliebene Staatsbildungsproblem des Balkans. Diese Tatsache zeigt aber bereits, daß hier die Schwierigkeiten, zu einer Lösung zu kommen, noch größer sind als bei den übrigen Volkstumsproblemen dieses Raumes.

Heute leben mazedonisch sprechende Menschen sowohl im Nordostteil Griechenlands mit Saloniki als Zentrale, wie im Südosten Jugoslawiens mit Skopje (dem ehemaligen türkischen Uskub) als Mittelpunkt und im Südwesten Bulgariens im Distrikt von Pirin. Die Situation der Mazedonier erinnert also stark an die Lage der Polen nach ihrer Aufteilung unter Rußland, Preußen und Österreich-Ungarn; nur mit dem Unterschied, daß hier ein Staat mit jahrhundertlangem Tradition geteilt wurde, während es sich beim mazedonischen Problem darum handelt, erst ein eigentliches mazedonisches Staatsbewußtsein im Rahmen eines ganz neu zu errichtenden Gemeinwesens zu schaffen. Nimmt man dazu die Schwierigkeiten, die gerade auf dem Balkan jeder klaren Abgrenzung eines Volkstums entgegenstehen — oft beschränken sich die Merkmale eines „Volkstums“ auf die Sprache oder das gegenüber der Umgebung andere religiöse Bekenntnis —, dann sieht man, wie vorzüglich geeignet die mazedonische Frage für jede Art von „trouble“-Machelei ist.

Im großen politischen Rahmen würde es sich darum handeln, einen Staat zu schaffen, der in Saloniki seine große natürliche Hauptstadt hätte und an den neben Griechenland auch Jugoslawien und Bulgarien ihre „mazedonischen“ Gebiete abzutreten hätten. Ein derartiges Mazedonien wäre das natürliche Ausgangstor des ganzen Balkan zum Weltmarkt, wie aber auch das Einfallstor der Außenmächte nach dem Balkan. Dies wird durch die

Frankreichs, das als Partner des Atlantikpaktes das gleiche moralische Anrecht auf einen Atombombenschutz wie England hätte, abteilt, war die Tatsache, daß die Leitung der französischen Atom-Forschung in den Händen eines Kommunisten, nämlich von Prof. Frédéric Joliot-Curie, liegt.

Die Entscheidung liegt beim amerikanischen Kongreß, der das amerikanische Atom-Monopol gesetzlich verfügt hat. Obwohl die gegenwärtige Situation eine Mitbeteiligung von England und Kanada notwendig erscheinen läßt, scheint die Mehrzahl der amerikanischen Kongreßmitglieder dagegen zu sein. In der amerikanischen Presse wird dagegen geltend gemacht, daß diese Frage in ähnlicher Weise wie die Lieferung von Waffen für die Verteidigung Europas die Kardinalfrage des Atlantikpaktes werden kann. Schließlich müssen sich die amerikanischen Atom-Isolationisten darüber im klaren sein, daß ihnen die Mitbeteiligung von England und Kanada die notwendigen Rohstoffe für die amerikanische Atomindustrie liefern kann, ohne die auch die schönsten Rezepte nichts nützen. F.R.

deceutone steuerung bewies, die der mare Saloniki auch unter griechischer Flagge hat, wie durch die Landung der Alliierten im ersten Weltkrieg und die Saloniki-Pläne Churchills zur Eröffnung der „zweiten Front“ im zweiten Weltkrieg. Unter derartigen Gesichtspunkten wird aber die mazedonische Frage im Moment ihrer Aufrollung bereits zu einem westpolitischen Problem. Gerade dieser Umstand könnte die ganze Frage daher noch länger in der Schwebe halten oder aber es könnten sich an ihr schließlich auch die an anderen Fronten mühsam im Gleichgewicht gehaltenen Gegensätze der Weltmächte direkt entzünden

Wie ist die Lage nun im Augenblick?

Es bedarf keiner ausdrücklichen Erwähnung, daß die griechische Regierung keinesfalls freiwillig bereit wäre, den wichtigen Hafen Saloniki samt dem nordöstlichen Staatsgebiet an ein künftiges Mazedonien abzutreten. Aus diesem Grund spielten die Mazedonier im griechischen Bürgerkrieg bisher auch eine besondere politische Rolle. Der Kampf der Aufständischen in Nordgriechenland wurde in großem Umfang zu einem Freiheitskrieg der Mazedonier erklärt. Vor allem operierte Tito hier sehr geschickt. Es ist eine Tatsache, daß der Aufbau des heutigen Jugoslawien als Föderation von 6 Republiken dem Selbstbewußtsein der verschiedenen Stämme viel mehr entgegenkommt als der frühere zentralistisch regierte Staat. So wurde daher auch das jugoslawische Mazedonien als eine dieser 6 Republiken bald zu einem Anziehungspunkt für die „ägäischen Mazedonier“ in Griechenland. Gedüchelte Aufständische wurden in Skopje als Angehörige eines „freien Volkes“ und als Staatsbürger mit gleichen Rechten aufgenommen. Der Premierminister der jugoslawischen mazedonischen Republik, Lazar Koltchevski, charakterisierte die besondere Rolle, die seinem Gebiet bei der mazedonischen Einigung zukommen soll, kürzlich mit den Worten: „Vardar-Mazedonien ist das Piemont von Gesamt-Mazedonien geworden.“

Andererseits hat gerade diese mazedonische Propaganda die griechischen Aufständischen in eine schwierige Situation gegenüber ihren Landsleuten gebracht. Sie konnten nicht mehr behaupten, eine nationale Bewegung gegen die Regierung in Athen zu sein, sondern mußten in Kauf nehmen, daß ihnen Landesverrat und Separatismus vorgeworfen wurde. Die mazedonische Frage ist für das Tito-Regime der Anlaß, auch Bulgarien anzugreifen, dem es vorwirft, im Distrikt Pirin die mazedonische Sprache zu unterdrücken. Wie weit dies mit den Tatsachen übereinstimmt, läßt sich heute außerhalb des Landes nicht beurteilen, jedenfalls verfolgt aber auch Bulgarien eine besondere mazedonische Politik. Das beweist die Gründung der „Mazedonischen Liga“ in Sofia, die wiederum von Skopje als Fortsetzung der Terroristen-Organisation der IMRO (Internationale mazedonische revolutionäre Organisa.) bezeichnet wird. Der in der mazedonischen Politik maßgebende Mann in Bulgarien ist der 59-jährige Wladimir Popptomow, der über 20 Jahre in Moskau lebte und enger Mitarbeiter von Dimitrow war.

Schließlich gibt es noch eine dritte mazedonische Organisation, und diese befindet sich direkt auf griechischem Boden. Es ist die „Kommunistische Organisation des ägäischen Mazedonien“ (KOEM) und, wie von Jugoslawien behauptet wird, ein Instrument der Kommintern.

Genug der Einzelheiten. Sie zeigen, wie verwickelt die ganze mazedonische Frage ist und wie gefährlich daher auch jedes Spiel mit dem mazedonischen Sprengpulver ist. Vielleicht ist aber gerade aus diesem Grund das Fortbestehen der mazedonischen Frage die einzige Art, wie dieses Problem ohne Herausbeschwörung eines neuen blutigen Kampfes um den Balkan „gelöst“ werden kann. H.R.

Neue Fälschung der 5-DM-Banknote

Frankfurt a. Main (VVD). Von der bekannten Fälschung der Banknote zu 5 DM mit dem fälschlich weißen Dreieck links unter der Weltkugel befindet sich eine verbesserte Nachahmung in Umlauf, wie die Bank deutscher Länder mitteilt. In dieser verbesserten Nachahmung ist das fälschlich weiße Dreieck nachträglich mit brauner Farbe ausgetuscht. Die Bevölkerung wird daher erneut zur Vorsicht ermahnt. Besondere Aufmerksamkeit ist jenen Banknoten zu 5 DM zuzuwenden, deren Notennummern mit den Zahlen B 73 und B 84 beginnen.

Aller Voraussicht nach werden die Banknoten zu 5 DM in nächster Zeit aus dem Verkehr gezogen und durch neue ersetzt werden.

Südwestdeutsche Nachrichten

Badisches Bekleidungs Handwerk lagt

Karlsruhe. Am 20. und 21. August findet der Verbandstag des badischen Bekleidungs-handwerks statt, bei dem u. a. Staatspräsident Wohleb (Südbaden) und Prof. K. Rösle (München), der viele Jahre lang in Karlsruhe gewirkt hat, sprechen werden. Vom 20. bis 28. August werden in der Ausstellung „Was Meisterhände schaffen“ die neuesten Schöpfungen für die Mode 1949/50 aus badischen Damen- und Herrenschneidereien, Kürschnereien, Webereien, Strickereien, Putzmachereien, Schuhmachereien und anderen Sparten der modischaffenden Gewerbe gezeigt.

Deutscher Therapiekongreß in Karlsruhe

A.B. Karlsruhe. Vom 4.—10. September findet in Karlsruhe der Deutsche Therapiekongreß statt, der erstmals sämtliche medizinische Disziplinen, auch die Zahnärzte, vereint und mit einer Deutschen Heilmittelmesse verbunden ist. Neben einer langen Reihe allgemeiner Themen werden vor allem die Therapie von Herz- und Kreislaufkrankungen, von hormonellen Störungen, von Leber- und Gallenkrankungen sowie im Rahmen einer Sondertagung das Gebiet der Fokalthherapie jeweils in mehreren Fachvorträgen behandelt. Auch der „Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands“ hat seinen Kongreß in diese Tage nach Karlsruhe verlegt. Zur Eröffnung der Deutschen Heilmittelmesse hat Wirtschaftsminister Dr. Veit sein Erscheinen zugesagt.

Karlsruhe. Im Haus Solms wird aus den Beständen der Städtischen Sammlungen ein Heimatmuseum eingerichtet, das im Herbst eröffnet werden soll.

Mord an Jugendlichen

Karlsruhe. Das Verschwinden des 95jährigen Günther Staübach am Donnerstag eine überraschende Aufklärung. Die Leiche wurde in einer Werkzeugkiste des Eisenbahnmuseums der Technischen Hochschule gefunden, wo sie vom Täter versteckt worden war. Fast alle Kleidungsstücke lagen daneben.

Granate im Müll

Karlsruhe. Ein schweres Unglück, das sechs Menschenleben gefordert hätte, ist nur durch Zufall vermieden worden. Bei dem Müll aus dem Stadtteil Grünwinkel wurde eine 10,5 cm-Granate gefunden, die noch nicht entschärft war. Sie ist vermutlich von einem Einwohner im Abfall versteckt worden. Glücklicherweise ist das Geschöß unterwegs nicht zur Explosion gebracht worden. Es wird deshalb nochmals dringend darauf hingewiesen, Munition nicht in den Müll zu werfen, sondern der Polizei zu melden.

Zuckermarken und Zigaretten

Karlsruhe. Durch Einbruch in ein Papierlager wurden große Mengen von edelstem Papier für Zuckermarken entwendet, die s.T. schon gedruckt in Umlauf gebracht worden sind. Ein Fälscher wurde in Baden-Baden verhaftet.

In Zusammenarbeit der Karlsruher und Frankfurter Zollfahndung ist es gelungen, fast 9 Millionen amerikanischer Zigaretten zu beschlagnahmen, die von polnischen Fahrern auf Lastkraftwagen transportiert wurden. Dieser Schmuggel aus Belgien für das DP-Lager Feldafing (Oberbayern) wird jetzt durch die amerikanische Polizei im Ausland weiterverfolgt, weil dort die Hintermänner zu suchen sind.

Weingarten. Unter der Regie von Otto Langendorfer führte eine Laienspielchar das Drama „Jephtas Tochter“ auf, das eine starke Wirkung auf die zahlreichen Zuschauer ausübte und den Wunsch auf Wiederholungen solcher Freilichtaufführungen weckte. Das von Ferdinand Ruh verfaßte Spiel dient dem Gedanken der Menschlichkeit und der Völkerverständigung.

Baum Ausschichten verschüttet

Bretten (SWK). Bei Ausschichtungsarbeiten begruben herabstürzende Erdmassen zwei Arbeiter unter sich. Trotz sofortiger Rettungsarbeiten konnten beide nur noch tot geborgen werden.

Großes Fischsterben in der Enz

H.E. Neuenbürg. Kürzlich beobachteten viele Einwohner, daß vom Mühlenwehr an die Oberfläche kamen und bald darauf unter Atemnot eingingen. Im Anschluß daran setzte bis Pforzheim ein Massen Fischsterben ein. Der Schaden ist um so größer, als sich im Oberlauf der Enz wegen des kalten Wassers nur Bach- und Regenbogenforellen aufhalten, also die wertvollsten, schmackhaftesten Fische. Man vermutet, daß im Stadtkern aus einem Betrieb ein starkes Gift der Enz zugeleitet wurde. Vorsichtshalber warnte die Polizei die Einwohnerschaft vor dem Genuß der in großer Zahl herausgeholtten Fische.

Weitere Demontagen in Südbaden

Freiburg (SWK). Die Aluminiumwerkwerke in Wutöschingen und die Firma Morath in Eisenbach haben nunmehr mit den Demontagen begonnen. Auch in Südwürttemberg mußten die Demontagen bei verschiedenen Uhrenfabriken in Angriff genommen werden.

Schlafwandler verlor das Gleichgewicht

Konstanz (SWK). Straßenpassanten beobachteten nachts einen Mann, der sich an-schickte, aus dem Fenster seines Schlafzim-mers im zweiten Stock auf das Dach zu klet-tern. In der Meinung, es handle sich um einen Einbrecher, riefen sie ihn an. Es war jedoch ein Schlafwandler, der gerade im Begriff stand, einen nächtlichen „Ausflug“ zu unternehmen. Durch die Anrufe wich geworden, verlor der Mann das Gleichgewicht und stürzte ab, wobei er sich die Füße beider Beine brach.

Günstige Ernteaussichten für 1949

Kartoffelernte in Westdeutschland voraussichtlich um 25%, niedriger

(SWK). Im allgemeinen werden die Ernteaussichten für Europa als durchaus gut bezeichnet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Wetter in Ost- und Westeuropa in diesem Sommer grundverschieden und deshalb nicht ohne Einfluß auf die einzelnen Hauptlandwirtschaftsgebiete war. Mit Ausnahme von Sowjetrußland erwarten die östlichen Länder sogar eine Rekordernte, während diejenige in Westeuropa so gut ausfallen dürfte, daß die Ernährungslage bis zum nächsten Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach gesichert ist.

Trotz der Trockenheit ist die Weizenernte

in Westdeutschland dadurch nicht beeinträchtigt worden. Der Ertrag an Brotgetreide wird auf etwa 4 Millionen Tonnen geschätzt. Dieses Ergebnis entspricht ungefähr 95% der außerordentlich hohen Ernte des letzten Sommers.

Was die Kartoffelernte

anbelangt, so wird das Ergebnis des Vorjahres von rund 21 Millionen Tonnen voraussichtlich nicht erreicht werden können. Nach vorsichtiger Schätzung besteht die Möglichkeit, daß der Ertrag an diesem wichtigsten Volksnahrungsmittel bis zu 25% tiefer liegen wird. Dieser Minderertrag ist in erster Linie auf die große Dürre des Sommers zurückzuführen, die sich besonders ungünstig auf die Fruchtentwicklung bei Kartoffeln auswirkt hat. Obwohl also in diesem Jahre von einer sogenannten Kartoffelschwemme, wie im Vorjahre, nicht gesprochen werden kann, so dürfte dennoch das erzielte Ernteergebnis als durchaus noch befriedigend bezeichnet werden.

Gerichte über eine wieder in Aussicht

genommene Bewirtschaftung dieses Nahrungsmittels werden an zuständiger deutscher Stelle als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet. Jedentfalls lägen Anzeichen für eine derartige Maßnahme nicht vor.

Die Ernteaussichten für 1949 sind auch für die übrigen europäischen Länder im allgemeinen gut, obgleich hier selbstverständlich bestimmte Faktoren, wie geographische Lage und Klima, zu berücksichtigen sind. So wurden beispielsweise Spanien und Portugal am schwersten von der Hitzewelle in Europa betroffen. Die Getreidernte in diesen beiden Staaten dürfte etwa 20—50% unter dem normalen Ertrag liegen. Dagegen wird vornehmlich in Spanien die Oliven- und Weinernte bedeutend besser sein als im Vorjahre. Merkwürdigerweise sind in Portugal Olivenhaine und Weinberge nahezu verdorrt.

Die skandinavischen Länder erwarten eine durchschnittliche Getreidernte. Als Kuriosität dieses Sommers muß dabei erwähnt werden, daß die Kartoffeln zum großen Teil ertroren (!) oder durch Regen verdorben sind.

Der Weizen-ertrag in Frankreich, Großbritannien und Irland wird nicht ganz an den des Vorjahres heranreichen. Bei Roggen und Gerste kann in Frankreich jedoch mit etwa dem gleichen Ertrag wie im letzten Jahre gerechnet werden.

Und noch eine Merkwürdigkeit: In Italien, bereits ein Land unter südlicher Sonne, wird die Weizenernte ganz erheblich über dem Ertrag von 1948 liegen. Es wurde von der Trockenheit weit weniger betroffen als seine nördlicher gelegenen Nachbarländer. Kurz entschlossen hat die italienische Regierung aus diesem Grunde die Aufhebung der Rationierung der Teigwaren veranlaßt.